



11. Sitzung der Regionalversammlung Havelland-Fläming

6. Juni 2024



I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

TOP 2 Bestätigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung der Regionalversammlung vom 16. November 2023

TOP 3 Bericht über die Tätigkeit des Beratenden Ausschusses für Planungsarbeit

TOP 4 Regionalplanung

4.1 Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

4.2 Regionalplan Havelland-Fläming 3.0

~~**TOP 5 Haushalts- und Wirtschaftsführung**~~

TOP 6 Regionales Energiemanagement

TOP 7 Einwohnerfragestunde

TOP 8 Verschiedenes (Mitteilungen, Anfragen und Termine)

II. Nicht öffentlicher Teil

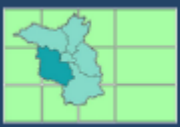
TOP 1: Bestätigung des Protokolls des nicht öffentlichen Teils der Sitzung der Regionalversammlung vom 16. November 2023

TOP 2 Verschiedenes



Tagesordnungspunkt 4.1

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027



Übersicht über das Erarbeitungsverfahren

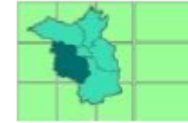
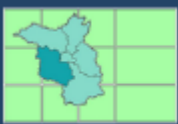
17.11.2022	Aufstellungsbeschluss für den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027
07.12.2022	Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsschlusses
29.11.2022 bis 31.01.2023	Unterrichtung und Beteiligung nach § 9 Absatz 1 ROG
02.12.2022 bis 30.01.2023	Gelegenheit zum Untersuchungsrahmen einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts, Stellungnahme abzugeben (§ 2a Absatz 1 RegBkPIG i. V. m. § 8 Absatz 1 ROG)
15.06.2023	<ul style="list-style-type: none">– Beschluss über die Billigung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 und Kenntnisnahme des Umweltberichts– Beschluss über die Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens (§ 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Absatz 3 RegBkPIG)
02.08.2023	Öffentliche Bekanntmachung über die Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens
10.08.2023 bis 10.10.2023	Durchführung des öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahrens (§ 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Absatz 3 RegBkPIG)



Beteiligungsverfahren § 9 Absatz 2 ROG i. V. m. § 2 Absatz 3 RegBkPIG

Vom 10. August 2023 bis einschließlich 10. Oktober 2023 war der Öffentlichkeit sowie den nach § 2 Absatz 3 RegBkPIG in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen **Gelegenheit gegeben**, zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie den ergänzenden Unterlagen **Stellungnahmen abzugeben**.

- 421 Stellungnahmen
- 1.608 Hinweise, Anregungen und Bedenken

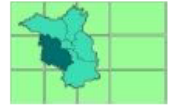
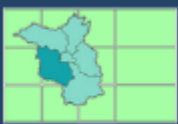


Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming

**Bericht über das
Erarbeitsungsverfahren**

Stand 21. Mai 2024

**Anlage 3
zum Beschluss der Regionalversammlung
Nr. 11/04/01
vom 6. Juni 2024**



**Sachlicher Teilregionalplan
Windenergienutzung 2027
der Region Havelland-Fläming**

Abwägungsdokumentation

**Einzelabwägungen nach Stellungnehmenden und Sachpunkten
(Abwägungstabellen)**

**Anhang 2
zum Bericht über das Erarbeitungsverfahren**

vom 21. Mai 2024



Kritik am Planungskonzept



Inhaltlicher Schwerpunkt: Flächenziel

Die Anregung, den Sachlichen Teilregionalplan 2027 dahingehend zu ändern, dass mit ihm bereits das **regionale Flächenziel zum Stichtag 31.12.2032** erreicht werden kann, konnte als häufige vorkommende allgemeine Einwendung festgestellt werden. Zur Begründung dieser Anregung wurde insbesondere angeführt:

- Berücksichtigung des Klimaschutzes (Treibhausgasneutralität bis 2045) und des Ausbaus der Nutzung der erneuerbaren Energien (80 Prozent Deckung des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien bis 2030)
- Berücksichtigung des überragenden öffentlichen Interesses an der Nutzung der erneuerbaren Energien nach § 2 Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023)
- Vermeidung des Aufwands für eine weiteres Aufstellungsverfahren und von methodischen Brüchen
- einen „Flächenpuffer“ durch die Festlegung zusätzlicher Vorranggebiete herzustellen



Inhaltlicher Schwerpunkt: Flächenziel

Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, mit der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans 2027 das regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 zu erreichen, ist **nach Maßgabe der bundes- und landesgesetzlichen Vorgaben zulässig** und stellt keinen Mangel des Planwerks dar.

Mit der Vorgabe der Flächenbeitragswerte im WindBG hat der Bundesgesetzgeber die **energiwirtschaftlichen und klimapolitischen Bedarfe, die sich aus den Ausbauzielen und -pfaden des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Erreichen der Klimaschutzziele ergeben, mit der planerischen Festlegung der dafür erforderlichen Gebiete bereits verknüpft.** (siehe auch Rn. 30 der Planbegründung)

Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, zunächst das gesetzlich vorgegebene regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 zu erfüllen, **steht daher nicht im Widerspruch zu dem im § 2 EEG festgestellten „überragenden öffentlichen Interesse“ an der Nutzung der erneuerbaren Energien.**



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Mindestabstände zu bewohnten Gebieten (W01)

- Die festgelegten Abstände stünden im Widerspruch zu gesetzlichen Vorschriften (insbesondere § 249 Absatz 9 BauGB und § 1 BbgWEAAbG).
- Die festgelegten Abstände stünden im Widerspruch zur Rechtsprechung des OVG Weimar (Urteil vom 09.11.2022 -1 N 548/19)



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Mindestabstände zu bewohnten Gebieten (W01)

- Die Entscheidung, bestimmte Flächen allgemein für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht zu ziehen, **liegt im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft**, soweit diese Entscheidung inhaltlich plausibel und begründet ist.
- Die Regionale Planungsgemeinschaft hat **alle Sachverhalte, die erkennbar und von Bedeutung sind, zutreffend ermittelt und auf dieser Grundlage nachvollziehbare Entscheidungen** für die Festlegung von Mindestabständen, die zwischen bewohnten Gebieten und Vorranggebieten für die Windenergienutzung eingehalten bleiben sollen, **getroffen**. (Abschnitt IV.2.5.1. der Planbegründung)
- § 1 Absatz 1 Satz 3 BbgWEAAbG stellt keine Aufforderung an die Regionale Planungsgemeinschaft dar, Vorranggebiete mit einem geringeren Abstand festzulegen.



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Landschaftsschutzgebiete (W 02)

- vermeintlicher Widerspruch zum § 26 Absatz 3 BNatSchG

Die Belange der Windenergienutzung sind auch mit den **Belangen des Landschaftsschutzes abzuwägen**.

Für die **ordnungsgemäße Ausübung des Ermessens** ist es ohne Bedeutung, ob sich die Regionale Planungsgemeinschaft dafür entscheidet, bestimmte Flächen aufgrund der Festlegung von Planungskriterien **allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen** oder ob sie orts- und einzelfallbezogene Abwägungsentscheidungen trifft.

Mit **§ 26 Absatz 3 BNatSchG** wird durch den Gesetzgeber „rechtlich sichergestellt, dass auch **Landschaftsschutzgebiete in angemessenem Umfang in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können**“. (Deutscher Bundestag Drucksache 20/2354, Seite 17)



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Wald mit besonderen Waldfunktionen (W 03)

- Die Anwendung dieses Kriteriums sei **nicht erforderlich**, nicht sachgerecht begründet, abwägungsfehlerhaft bzw. **willkürlich**.
- Die Anwendung dieses Kriteriums stehe im **Widerspruch** zum § 2 EEG und **zur aktuellen Rechtsprechung des Senates 3a des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg (Urteil vom 27.07.2023- OVG 3a A 52123)**.



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Wald mit besonderen Waldfunktionen (W 03)

Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 14.6.2023, OVG 3a A 30/23:

- regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien im Rahmen der Abwägung nach § 8 LWaldG in dem Sinne, **dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen** sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse **nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann**

Schreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Berücksichtigung von § 2 EEG im Umgang mit Entscheidungen zu Waldumwandlungen nach § 8 LWaldG vom 25.10.2023

- Beispiel: Erholungswald mit Intensitätsstufe 2 (WF 8102) – allgemeine Zustimmung zur Waldumwandlung nach § 8 LWaldG



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Wald mit besonderen Waldfunktionen (W 03)

- Die Belange der Windenergienutzung sind auch mit dem **Belang, den Wald in seiner Bedeutung und seinen Funktionen zu erhalten**, abzuwägen. (§ 1 LWaldG)
- Die Entscheidung, Waldflächen, für welche die benannten Waldfunktionen kartiert sind, allgemein nicht in Betracht zu ziehen, stellt **eine zulässige und ordnungsgemäß ausgeübte Ermessenentscheidung** dar.
- Für die Ausübung des Ermessens ist es ohne Bedeutung, ob bestimmte Flächen aufgrund der Festlegung von Planungskriterien allgemein nicht in Betracht gezogen werden oder ob orts- und einzelfallbezogene Abwägungsentscheidungen getroffen werden.
- Auf den Sachverhalt, ob ein bestimmter **Belang** der Windenergienutzung **(zwingend) entgegensteht**, kommt es nicht an.

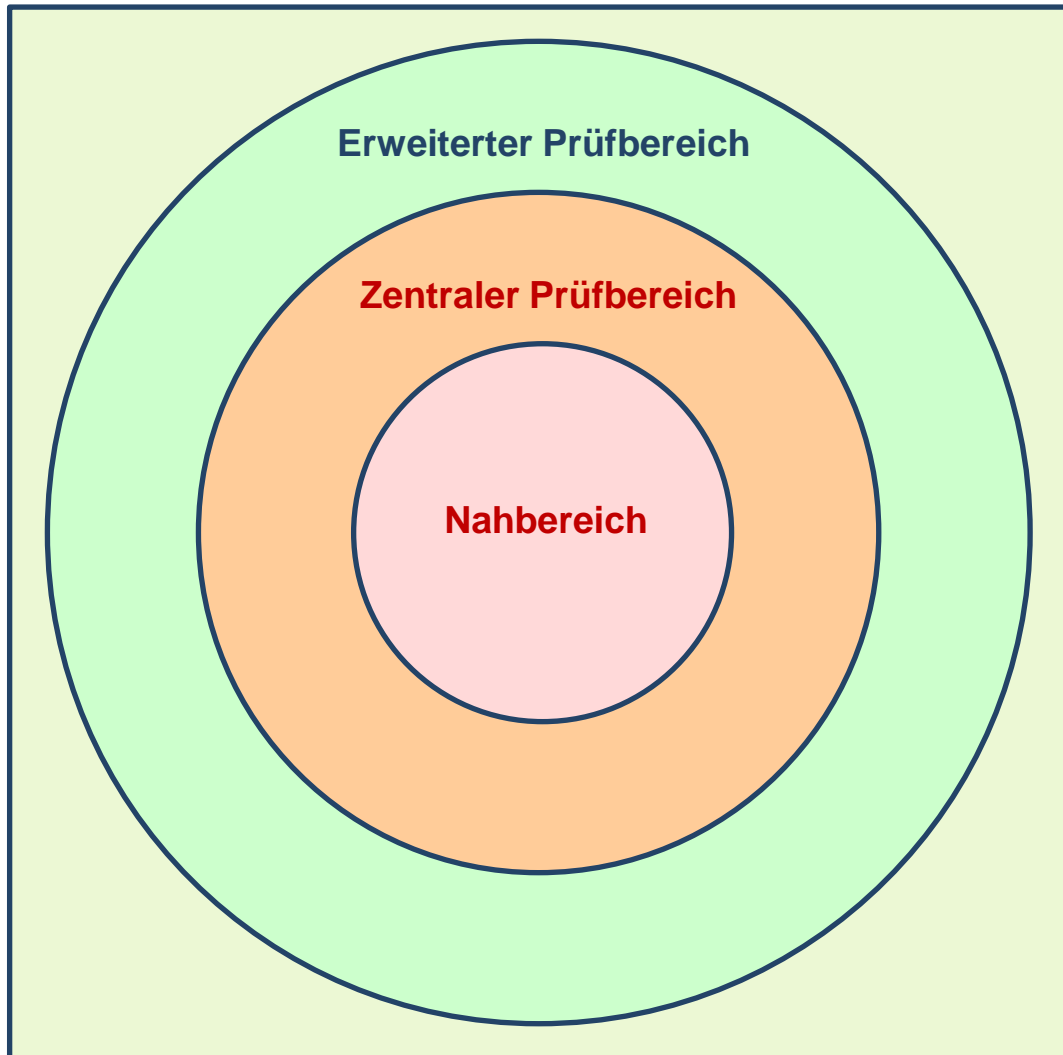


Inhaltlicher Schwerpunkt – Kritik am Planungskonzept

Artenschutzrechtliche Belange (B 02)

- Die Anwendung dieser Kriterien sei nicht erforderlich. Eine artenschutzrechtliche Prüfung sei dem Anlagenehmigungsverfahren vorbehalten.
- Die Anwendung dieser Kriterien beruhe auf einer unvollständigen, unrichtigen und nicht aktuellen Ermittlung der betreffenden Sachverhalte und führe im Ergebnis dazu, dass Flächen, die für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet seien, willkürlich ausgeschlossen bzw. „verschwendet“ würden.
- Die Anwendung der artenschutzrechtlichen Kriterien sei zu restriktiv. Insbesondere sei die Entscheidung, Flächen innerhalb von zentralen Schutzbereichen nach § 45b Absatz 3 BNatSchG allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, rechtsfehlerhaft, nicht gerechtfertigt bzw. willkürlich.

Berücksichtigung bei der Planerarbeitung



Erweiterter Prüfbereich:

Festlegung möglich, solange die Nachweise nach Nummer 1 und Nummer 2 nicht von der zuständigen Naturschutzbehörde erbracht sind.

Zentraler Prüfbereich:

Keine Festlegung, es sei denn, die zuständige Naturschutzbehörde stellt fest, dass Nachweise nach Nummer 1 oder Nummer 2 erbracht sind.

Nahbereich:

Keine Festlegung, es sei denn, eine Ausnahme ist nach Einschätzung der zuständigen Naturschutzbehörde möglich.



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

§ 45b Absatz 3 BNatSchG:

Liegt zwischen dem Brutplatz einer Brutvogelart und der Windenergieanlage ein Abstand, der größer als der Nahbereich und geringer als der zentrale Prüfbereich ist, die in Anlage 1 Abschnitt 1 für diese Brutvogelart festgelegt sind, **so bestehen in der Regel Anhaltspunkte dafür, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare signifikant erhöht ist**, soweit

1. eine signifikante Risikoerhöhung nicht auf der Grundlage einer Habitatpotentialanalyse oder einer auf Verlangen des Trägers des Vorhabens durchgeführten Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann oder
2. die signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann; werden entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet, **so ist für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert wird.**



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Artenschutzrechtliche Belange (B 02)

Die Regionale Planungsgemeinschaft verfolgt das **allgemeine Planungsziel** Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, für die festgestellt werden kann, dass ein **möglichst geringes Konfliktpotenzial** mit anderen Nutzungen besteht und möglichst geringe Beeinträchtigungen anderer Belange und Schutzgüter bewirkt werden.



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Beeinflussungsbereiche von Verkehrstrassen (B 26)

- gemäß § 9 Absatz 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) (40 m bzw. 20 plus Rotorradius)
- Landes- und Kreisstraßen dürfen nach § 24 Absatz 1 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) (20 m plus Rotorradius)

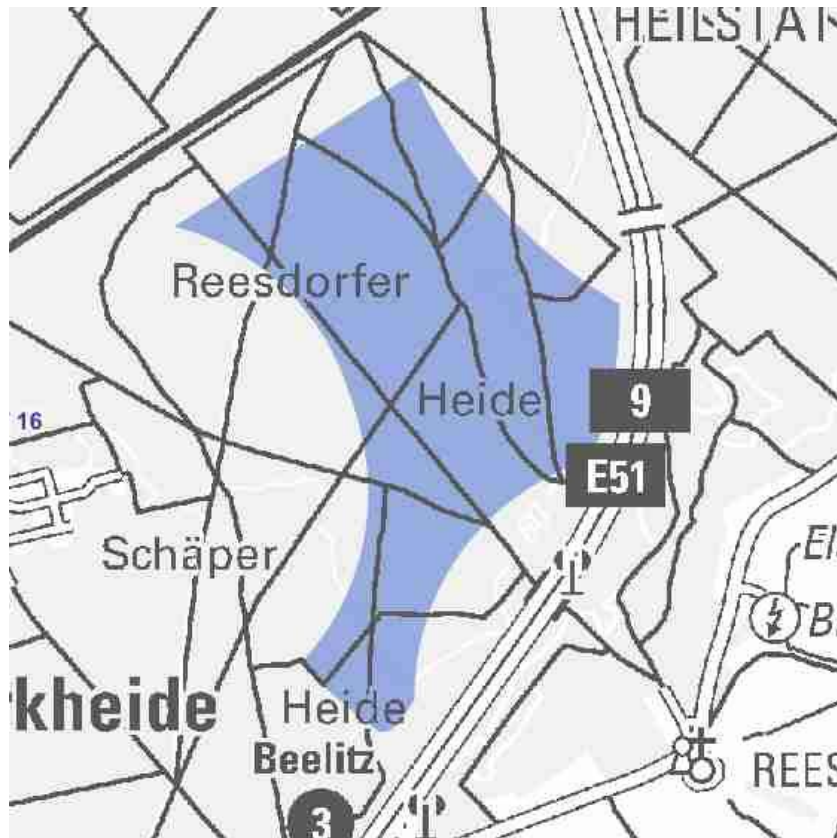
„**Grenzt eine Fläche**, die für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Frage kommt, an eine der benannten Verkehrstrassen, kann der betreffende Abstandsbereich in der Regel nicht als Vorranggebiet festgelegt werden.“ (Rn. 261)

„**Wird eine Fläche**, die für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Frage kommt, **von einer der benannten Verkehrstrassen durchzogen**, kann der betreffende Abstandsbereich in der Regel als Vorranggebiet festgelegt werden, wenn die Breite des Abstandsbereichs vier Rotordurchmesser einer Referenzanlage nicht übertrifft (640 m). Bei dieser Bewertung wird davon ausgegangen, **dass zwischen benachbarten Windenergieanlagen regelmäßig ein Abstand von drei bis fünf Rotordurchmessern einzuhalten ist**, so dass beidseits einer das Vorranggebiet durchquerenden Verkehrsstrasse Windenergieanlagen angeordnet werden können, ohne die erforderlichen Abstände zu der betreffenden Verkehrsstrasse zu unterschreiten.“ (Rn. 262)

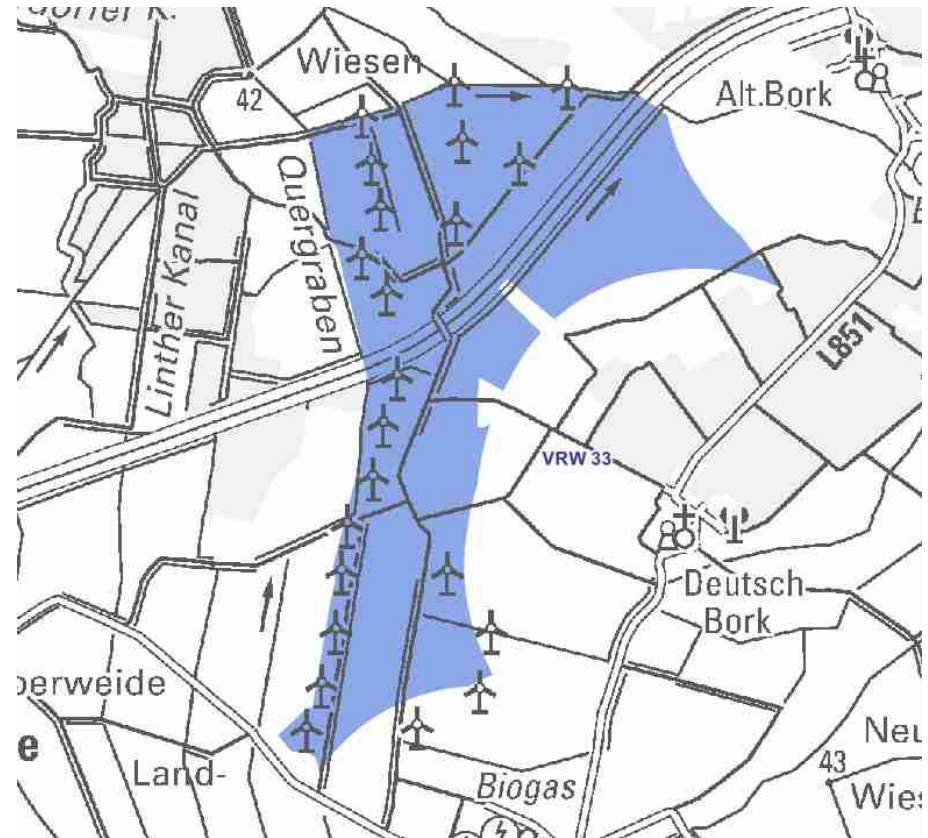


Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

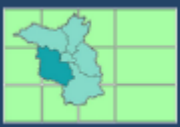
Beeinflussungsbereiche von Verkehrsstrassen (B 26)



Rn. 261

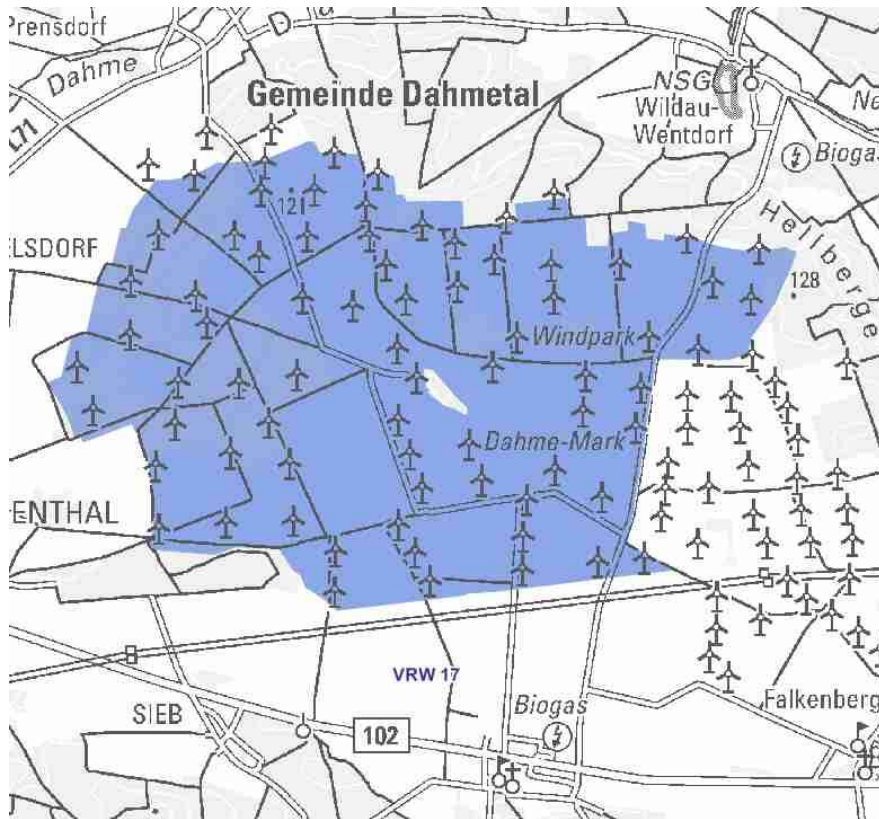


Rn. 262

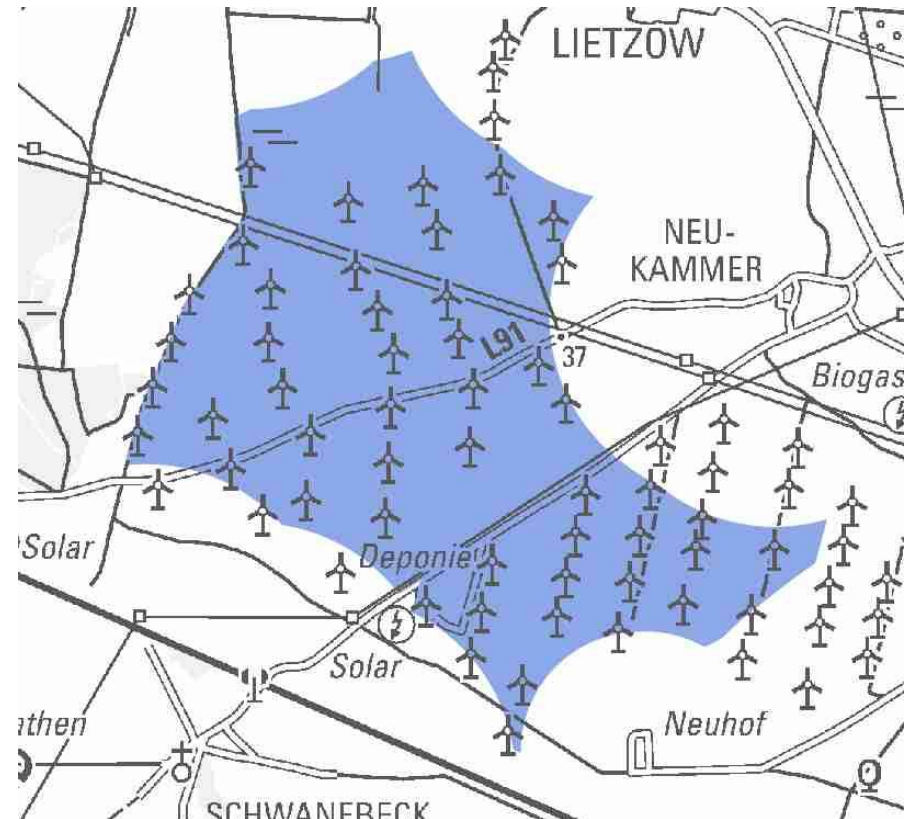


Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Beeinflussungsbereiche von Leitungstrassen (B 21)



Rn. 240

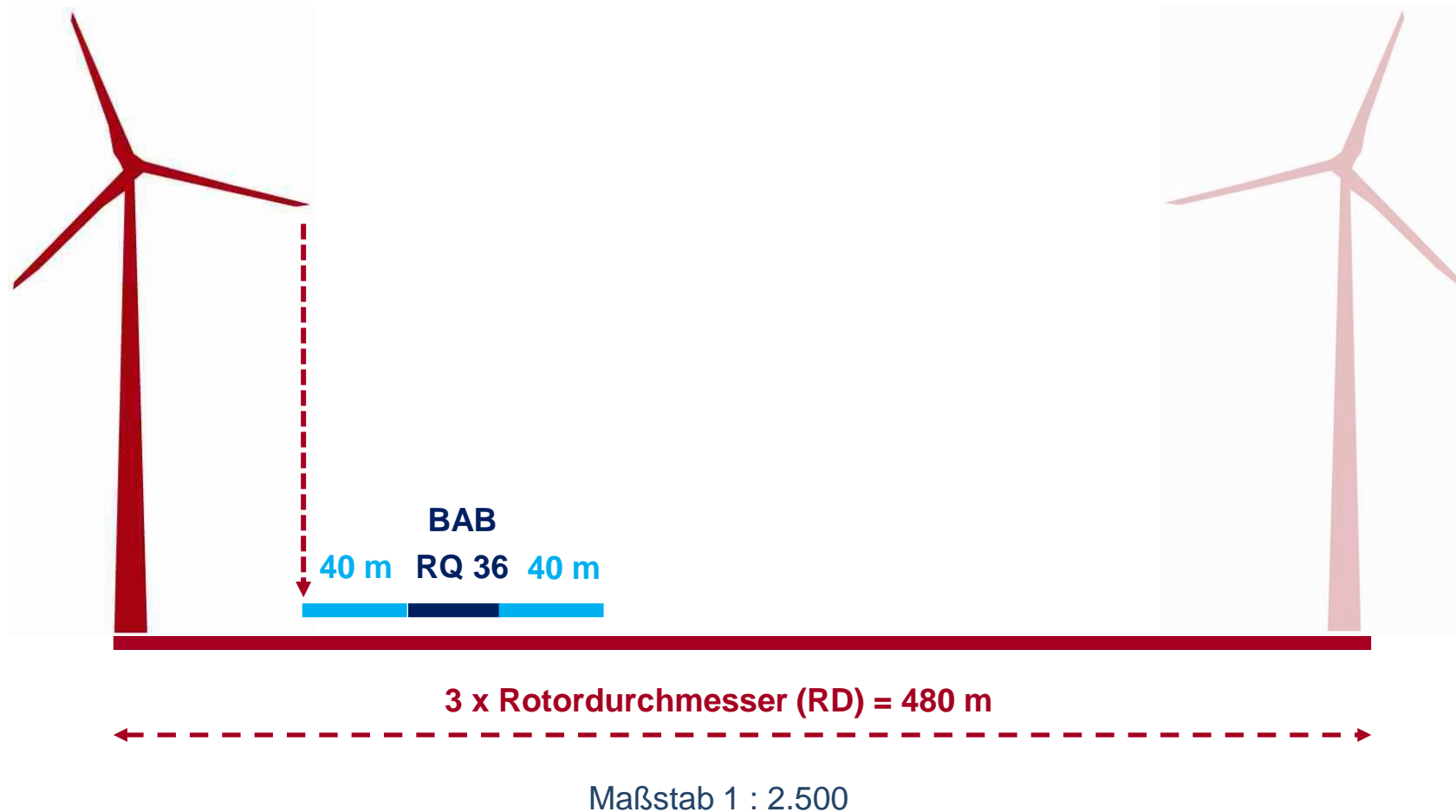


Rn. 241



Inhaltlicher Schwerpunkt: Kritik am Planungskonzept

Beeinflussungsbereiche von Verkehrswegen (B 21)





Inhaltlicher Schwerpunkt: Belang Walderhalt

Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Senat 3a, Urteil vom 14.06.2023, Az.: OVG 3a A 30/23

*„Dem durch die besondere Bedeutung gesteigerten Interesse an der **Erhaltung des Waldes** steht jedoch das **überragende öffentliche Interesse am beschleunigten Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien gegenüber**. Das Gewicht dieses Interesses wird maßgeblich durch § 2 EEG bestimmt.“ (Rn. 33)*

*„Vor dem Hintergrund des eindeutigen gesetzgeberischen Willens und der Ausgestaltung des § 2 Satz 2 EEG als Sollbestimmung spricht hier alles dafür [...], **dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen** sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse **nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann**, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen sind.“ (Rn. 37)*



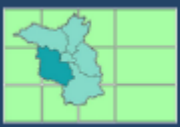
Veränderung von Vorranggebieten



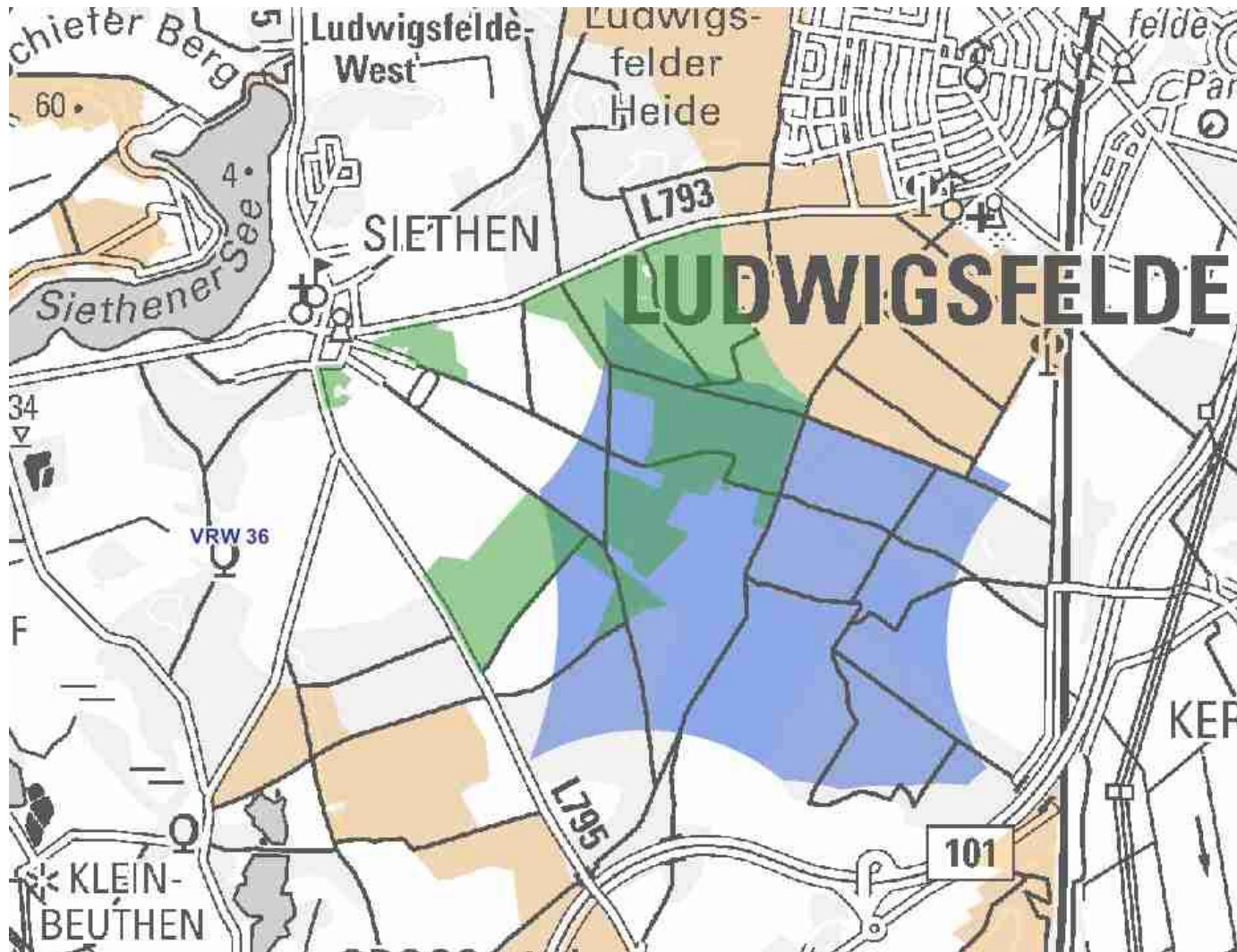
Inhaltlicher Schwerpunkt: Veränderung von Vorranggebieten

VRW 36 „Thyrow/Kerzendorf“

*„Die Stadt Ludwigsfelde ist geprägt von Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Insbesondere im Verflechtungsbereich zu der im Norden angrenzenden Gemeinde Großbeeren haben sich zahlreiche großflächige Industrie- und Gewerbeunternehmen angesiedelt, mit der Folge, dass die Möglichkeiten der Naherholung in diesem Bereich stark eingeschränkt sind. **Daher ist es der Stadt Ludwigsfelde umso wichtiger, dass der zusammenhängende Freiraumverbund südlich der Kernstadt, bestehend aus Offen- und Waldflächen sowie Wasserflächen und kleinen Ortslagen, der Naherholung für die Ludwigsfelder und ihren Besuchern uneingeschränkt zur Verfügung steht.** Die Ansiedlung weiterer Industrieanlagen in Form von Windenergieanlagen würde die Erholungsfunktion erheblich mindern und auch das Landschaftsbild beeinträchtigen.“* (Auszug aus der Stellungnahme der Stadt Ludwigsfelde vom 27.09.2023)



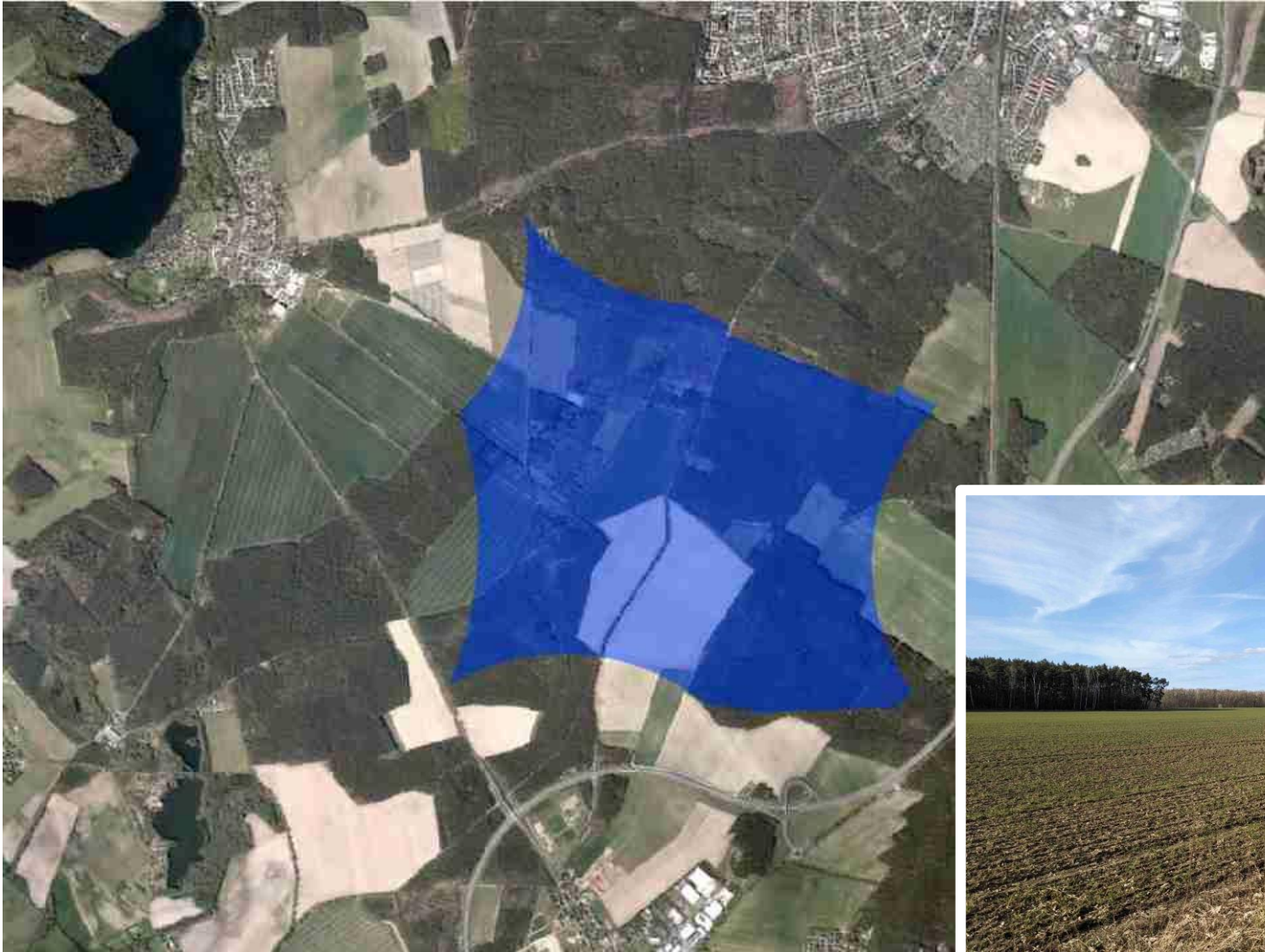
Inhaltlicher Schwerpunkt: Veränderung von Vorranggebieten (VRW 36)



- Waldumbau
- Erholungswald Stufe 2 (WF 8102)



Inhaltlicher Schwerpunkt: Veränderung von Vorranggebieten (VRW 36)



370 ha



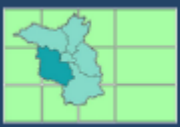


Veränderung von Vorranggebieten: VRW 12 Nitzahn

Brutvögel Stand 08.02.2023		Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt, Referat N1, vom 22.11.2023
Schwarzstorch	< zentraler Prüfbereich	<ul style="list-style-type: none">– Förderung und Entwicklung nahrungsreicher Kleingewässer– Kleinflächige Vernässung von Wald- und Niederungsbereichen– Entwicklung von großflächigen, störungsarmen Waldgebieten mit Horstbäumen
Schwarzmilan	< Nahbereich	Ausnahme § 45b Absatz 2 BNatSchG
Rotmilan	< zentraler Prüfbereich	Schutzmaßnahmen nach Abschnitt 2 der Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 1 BNatSchG
Kranich (2 x)	< zentraler Prüfbereich	Anlage von naturnahen Kleingewässern



Zusätzliche Vorranggebiete



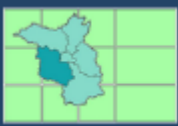
Inhaltlicher Schwerpunkt: zusätzliche Vorranggebiete



Im Beteiligungsverfahren vorgeschlagene Flächen für zusätzliche Vorranggebiete für die Windenergienutzung

- keine veränderte Sach- und Rechtslage
- keine ausreichende Übereinstimmung mit den Kriterien des Planungskonzepts insbesondere fehlende Unterstützung durch die Kommunen
- für das Erreichen des maßgeblichen Flächenziels nicht erforderlich
- keine abschließende Regelung der Flächen für die Windenergienutzung





Inhaltlicher Schwerpunkt: zusätzliche Vorranggebiete (Großtrappe)



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Umwelt

Der Präsident

Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Regionale Planungsstelle Havelland- Fläming
Leiter der Planungsstelle
Herrn L. Klauber
Oderstraße 65
14513 Teltow

06 NOV. 2023 * 013421

Gesch-Z.: LFU-N1-
4400/7+12#383193/2023
Hausruf: +49 33201 442-476
Fax: +49 331 27548-2629
Internet: www.lfu.brandenburg.de
bdp@lfu.brandenburg.de

Potsdam, 01.11.2023

**Neue Erkenntnisse zum Verhalten der Großtrappe und Auswirkungen auf
Planungs- und Genehmigungsverfahren**

Sehr geehrter Herr Klauber,
sehr geehrte Damen und Herren,

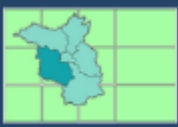


Inhaltlicher Schwerpunkt: zusätzliche Vorranggebiete (Großtrappe)

Vor dem Hintergrund dieser neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse stehen die Flugkorridore der Großtrappe auch der Ausweisung von Vorranggebieten im Bereich der vier anhängigen Genehmigungsverfahren (12 WEA Herrenhölzer Reg.-Nr. 079.00.00/11, 12 WEA Desmathen 010.00.00/13, 7 WEA Oberjünne Reg.-Nr. 011.00.00/13 und 6 WEA Wusterwitz 049.00.00/17) nicht mehr entgegen. Vielmehr ist aus Sicht des LfU und im Interesse der betroffenen Antragsteller möglichst schnell eine Aufnahme dieser Flächen als Vorranggebiete in den sich in Aufstellung befindlichen Regionalplan anzustreben, damit einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nicht nach Verabschiedung des Regionalplans bzw. der Erreichung des Flächenziels 2027 planungsrechtliche Hindernisse entgegenstehen.

Inwieweit darüber hinaus das Schutzkonzept für die Großtrappe anzupassen ist, wird im Rahmen der fortdauernden Untersuchungen und weiteren Auswertung ermittelt. Aussagen über die vier genannten Genehmigungsverfahren hinaus sind daher aktuell nicht möglich.

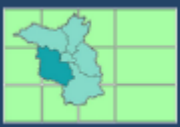
Aufgrund der neusten oben beschriebenen wissenschaftlichen Erkenntnisse in Bezug auf das Verhalten der Großtrappe bitte ich die Regionale Planungsstelle, eine Ergänzung des Regionalplanentwurfs um die genannten Bereiche zu prüfen.



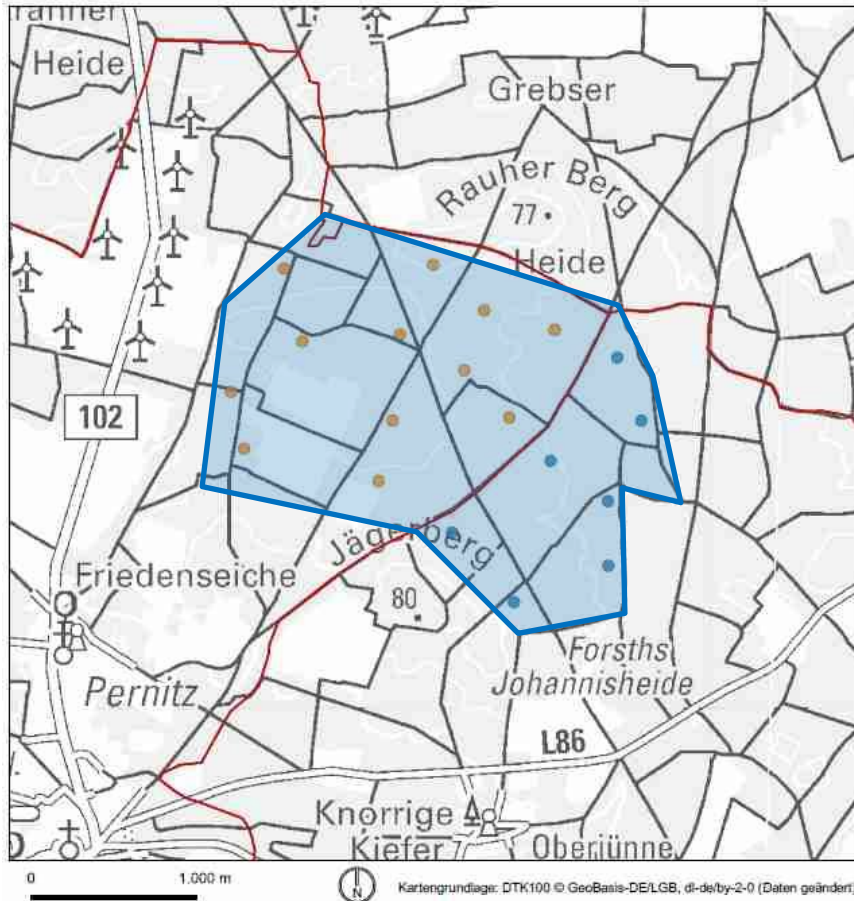
Inhaltlicher Schwerpunkt: zusätzliche Vorranggebiete (Großtrappe)

Betroffenheit der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß BNatSchG	§ 44 Absatz 1 Nr. 2
Ausführungen zum Verbotstatbestand § 44 Absatz 1 Nr. 2	
Resultierende Verhaltensänderungen	<ul style="list-style-type: none">• Meideverhalten und Aufgabe von Bruthabitaten in Folge von Störungen• Erhöhung des Aussterberisikos durch Verlust der genetischen Variabilität in Folge von Habitatfragmentierung in Folge von Störung• Ausweichbewegung durch Verlust der Erreichbarkeit funktioneller Habitate
Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population	<ul style="list-style-type: none">• Regelmäßig Rückgang der Reproduktion durch oben dargestellte Verhaltensänderungen zu erwarten
Mögliche Vermeidungs- bzw. Schutzmaßnahmen	
<ul style="list-style-type: none">• Einhalten der unten dargestellten Abstände	
Festgelegte Abstände	
Bezugspunkt der Abstandsbetrachtung	Brutgebiete
Nahbereich	Brutgebiete und Wintereinstandsgebiete entsprechend der Karte „Kerngebiete Großtrappe“ gemäß Anlage 1.3
Zentraler Prüfbereich	essenzieller Verbindungskorridore sowie 3.000 m Bereiche um Brutgebiete entsprechend der Karte „Kerngebiete Großtrappe“ gemäß Anlage 1.3

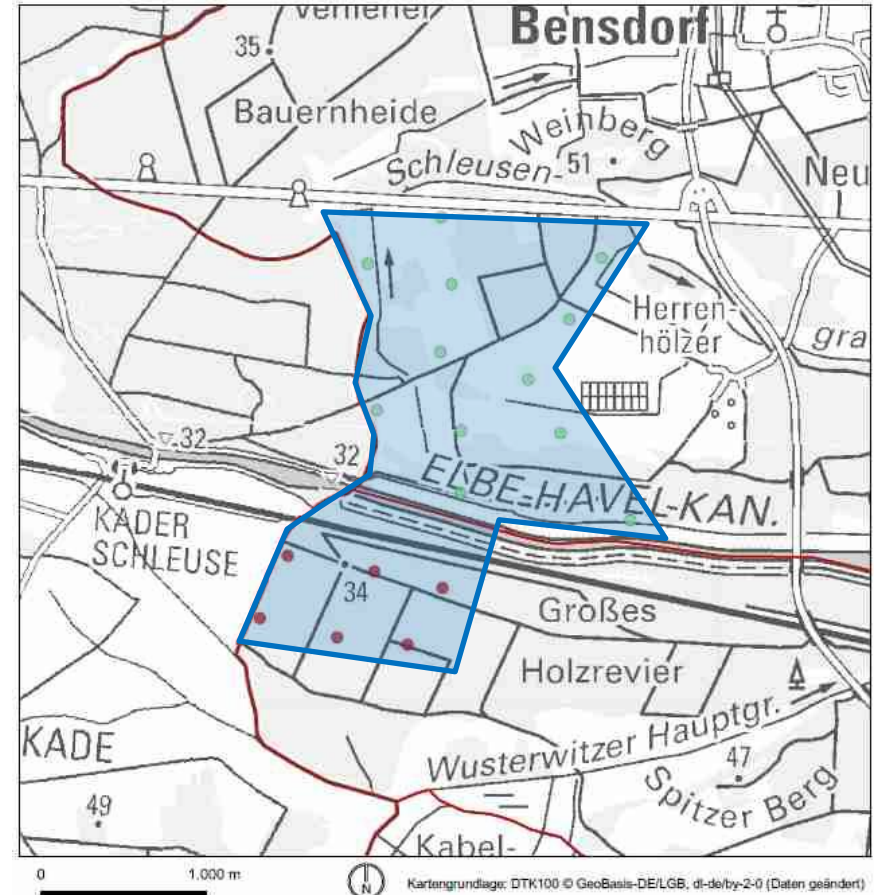
Auszug aus Anlage 1
des AGW-Erlasses
Abschnitt 4.19
Großtrappe



Inhaltlicher Schwerpunkt: zusätzliche Vorranggebiete (Großtrappe)



WP Desmathen und WP Oberjünne



WP Wusterwitz und WP Bensdorf



Inhaltlicher Schwerpunkt: zusätzliche Vorranggebiete (Großtrappe)

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz wird das Schutzkonzept für die Großtrappe voraussichtlich an neue Erkenntnisse anpassen. Durch die Regionale Planungsgemeinschaft kann nicht vorhergesehen werden, in welcher Weise dies erfolgen wird.

Im Interesse der Gewährleistung einer ausgewogenen gesamträumlichen Planung sind nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft weitere Entscheidungen nur auf der Grundlage der Kenntnis des geänderten Schutzkonzeptes für die Großtrappe möglich.



Umweltprüfung

Der Umweltbericht wurde aufgrund der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise und Anregungen aktualisiert und ergänzt.

Der überarbeitete Umweltbericht liegt mit Stand 21. Mai 2024 vor.

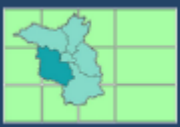


Umweltprüfung – Natura 2000

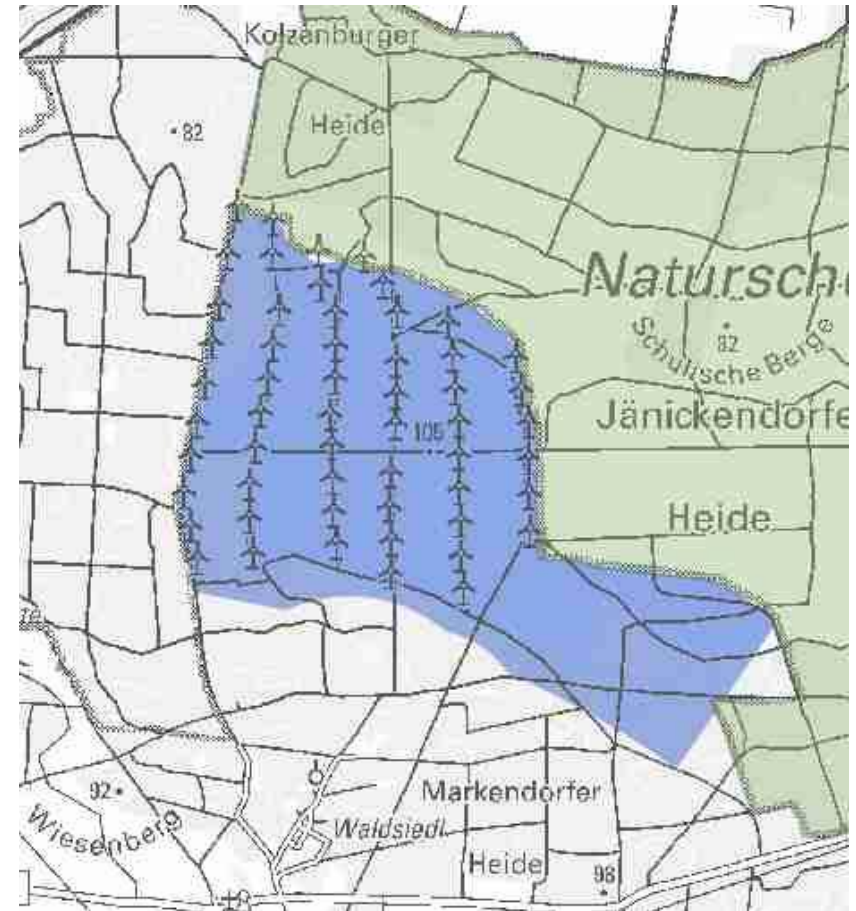
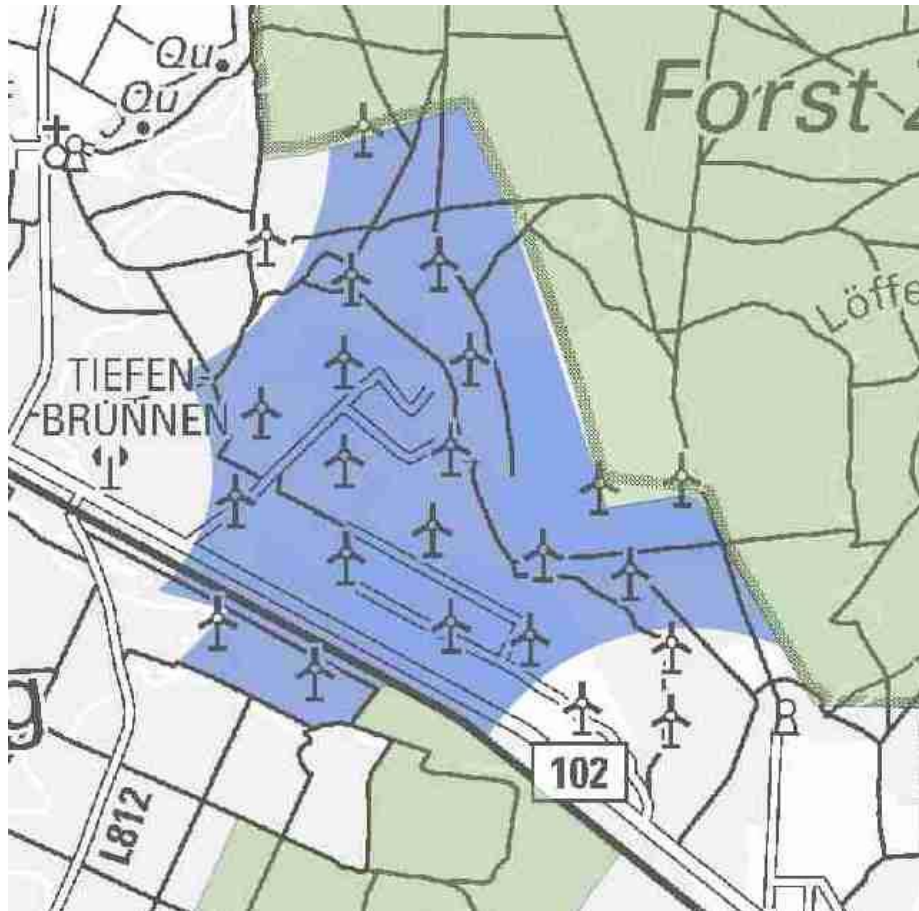
Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt (LfU), Formblatt Naturschutz, vom 26.09.2023

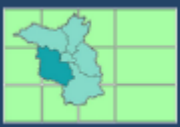
„Die durchgeführten „Vorprüfungen“ entsprechen nicht den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift des MLUK zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg (siehe Kapitel 2 und Formblatt nach Anlage 2). Unter anderem wird in einigen Fällen bereits auf die Möglichkeit des Ausweichens potenziell betroffener Arten (z. B. Ziegenmelker, Mops- und Bechsteinfledermaus) in angrenzende Bereiche verwiesen. Diese Feststellung kann jedoch nur auf Grundlage einer tieferen Prüfung (FFH-VP nach § 34 BNatSchG) getroffen werden. [...] Der allgemeinen Empfehlung grundsätzlich einen Abstand von 300 m zu den Schutzgebietsgrenzen einzuhalten, wurde nicht gefolgt.“

- VRW 04 Jüterbog-Altes Lager
- VRW 35 Jüterbog-Markendorf (Heidehof)
- VRW 23 Dretzen
- VRW 08 Kummersdorf-Gut

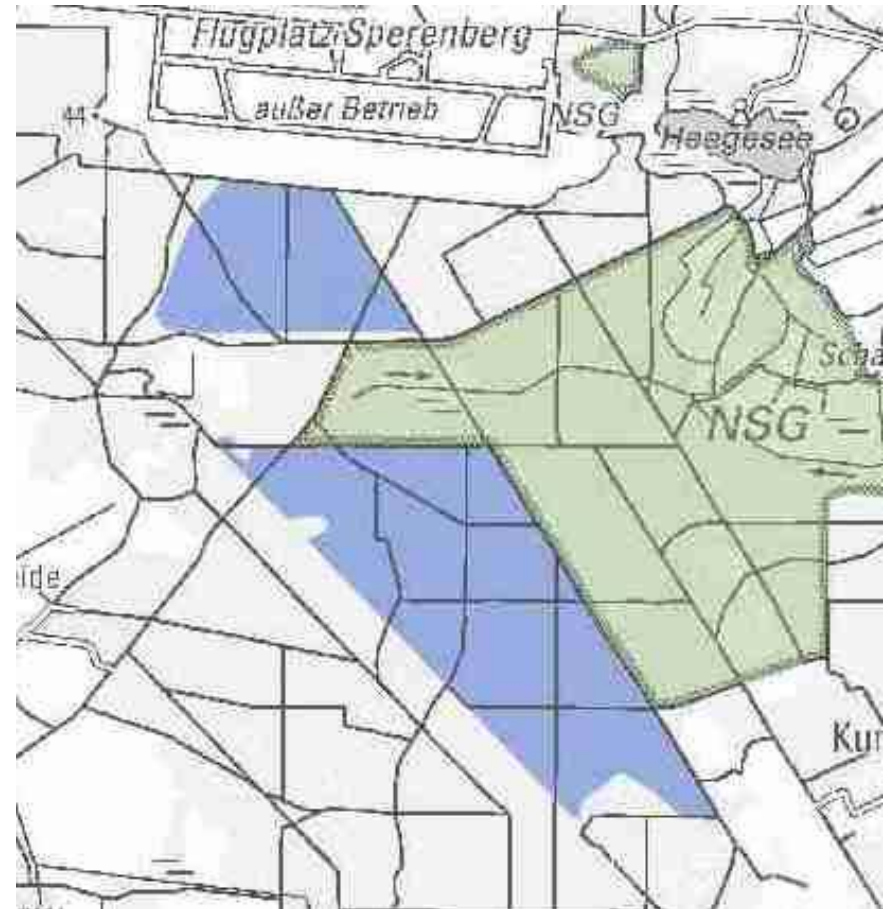
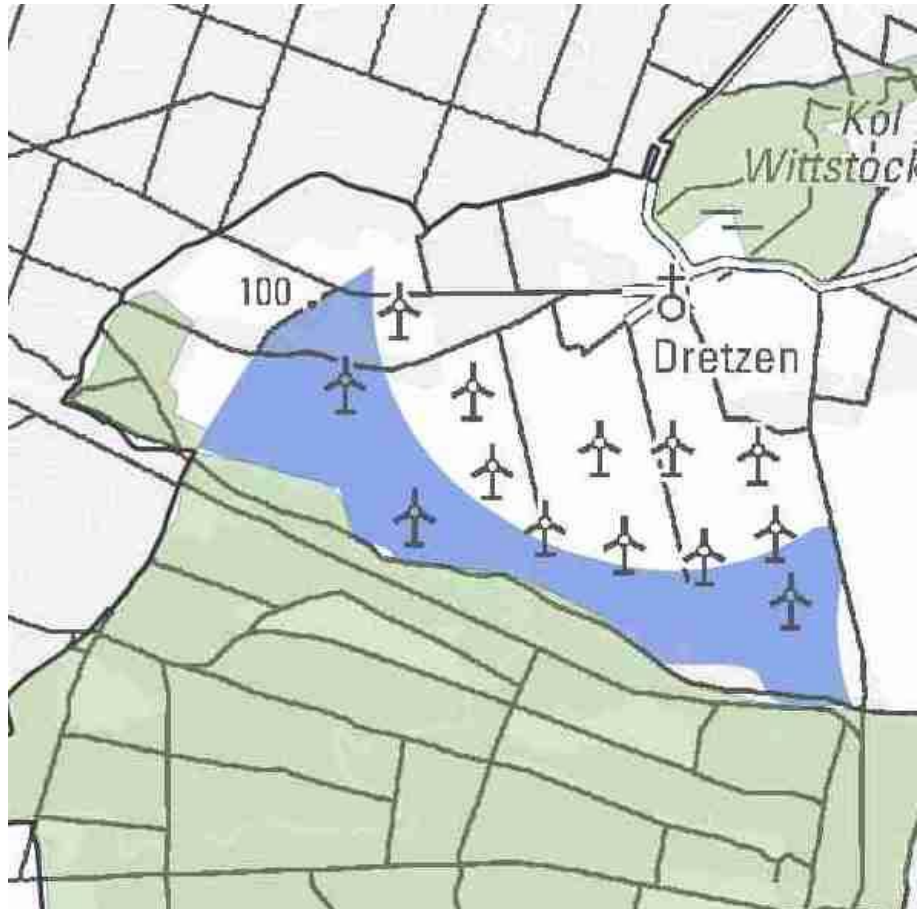


Umweltprüfung – Natura 2000





Umweltprüfung





Umweltprüfung – Natura 2000

Die betreffenden **Vorprüfungen** wurden in Anlehnung an die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brandenburg vom 17. September 2019 **überarbeitet**.

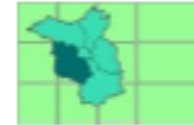
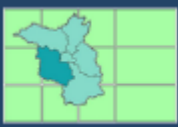


Umweltprüfung – Natura 2000

Aufgrund der geänderten Feststellungen der Vorprüfungen wurden für die zuvor benannten Vorranggebiete Natura-2000-Gebiete **Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt**.

Die Verträglichkeitsprüfungen beziehen sich auf die Auswirkungen der Planung, die auf Regionalplanungsebene erkennbar sind.

Im **Ergebnis der Verträglichkeitsprüfungen** können **auf der Maßstabsebene der Regionalplanung** unter Berücksichtigung grundsätzlich geeigneter und fachlich anerkannter Minderungs- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen **erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele** für die o.g. Natura-2000-Gebiete **nicht festgestellt** werden.



Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming

**Ergänzende Unterlagen zur Festlegung von Vorranggebieten
für die Windenergienutzung**

Datenblätter zur Erläuterung gebietsbezogener Sachverhaltsermittlungen
und Bewertungen

Stand 21. Mai 2024



Ergebnis

Im Ergebnis der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen konnte festgestellt werden, dass es **nicht erforderlich** ist, **Änderungen an den Festlegungen des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans** vorzunehmen.

An der **Begründung** des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans vom 15. Juni 2023 wurden **Änderungen vorgenommen**. Alle Änderungen dienen dem besseren Verständnis, der Klarstellung, der Konkretisierung bzw. der Aktualisierung.

Die Festlegungen, das Planungskonzept und alle Bewertungen und Entscheidungen, die zu den Festlegungen geführt haben, bleiben unverändert.

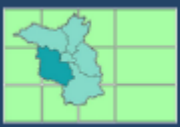
Die Regionalpläne werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft **als Satzung erlassen**. Die Satzung wird von der für Raumordnung zuständigen obersten Landesbehörde (Landesplanungsbehörde) **im Einvernehmen mit den fachlich berührten obersten Landesbehörden genehmigt**, soweit sie nach Maßgabe dieses Gesetzes aufgestellt ist und sonstigen Rechtsvorschriften nicht widerspricht.
(§ 2 Absatz 4 Satz 1 und 2 RegBkPIG)



Satzungsbeschluss

Die Regionalpläne werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft **als Satzung erlassen**. Die Satzung wird von der für Raumordnung zuständigen obersten Landesbehörde (**Landesplanungsbehörde**) **im Einvernehmen mit den fachlich berührten obersten Landesbehörden genehmigt**, soweit sie nach Maßgabe dieses Gesetzes aufgestellt ist und sonstigen Rechtsvorschriften nicht widerspricht.

(§ 2 Absatz 4 Satz 1 und 2 RegBkPIG)



Satzungsbeschluss Nr. 11/04/01

1. Die Regionalversammlung **billigt die** in der Abwägungsdokumentation mit Stand 21. Mai 2024 dargelegten **Abwägungsvorschläge** sowie **den Umweltbericht** zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming mit Stand 21. Mai 2024. (Anlage 2 und 3)
2. Die Regionalversammlung **billigt die Begründung** für den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming. (Bestandteil der Anlage 1, Textteil)
3. Die Regionalversammlung **beschließt die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027** der Region Havelland-Fläming in der als Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung. Bestandteil der Satzung ist der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, in der mit der Anlage 1 beigefügten Fassung.
4. Der **Vorsitzende** der Regionalversammlung **wird beauftragt, die** gemäß Beschlussantrag Nummer 4 beschlossene **Satzung** bei der Landesplanungsbehörde **zur Genehmigung einzureichen**.



Feststellungen

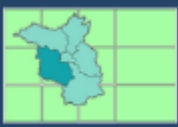
- Die Vorranggebiete sind nach § 4 Absatz 3 Satz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) **als Rotor-außerhalb-Flächen** vollumfänglich anrechenbar,
- In den Vorranggebieten sind keine Flächen enthalten, für die Bauleitpläne vorliegen, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten.
- Mit der Festlegung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung **im Umfang von 12.596 ha bzw. 1,84 Prozent** der Regionsfläche **wird** nach Bewertung der Regionalen Planungsgemeinschaft **das regionale Teilflächenziel** für die Windenergienutzung für die Region Havelland-Fläming gemäß Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes (BbgFzG) vom 2. März 2023 **in Höhe von mindestens 1,8 % der Regionsfläche erreicht.**



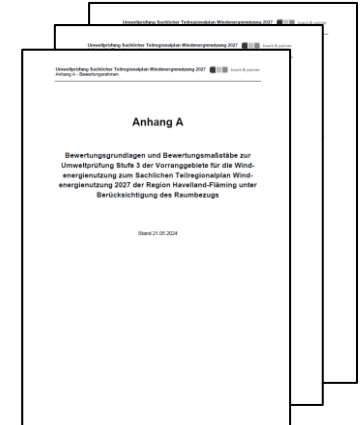
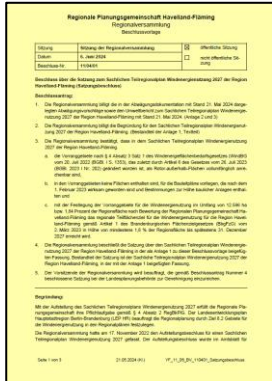
Erreichen des regionalen Teilflächenziels

Die **Feststellung**, dass der sachliche Teilregionalplan mit den Teilflächenzielen nach Artikel I des Brandenburgisches Flächenzielgesetz (BbgFzG) in Einklang steht, **obliegt der Landesplanungsbehörde**. (§ 5 Absatz 1 Satz 2 WindBG)

Die betreffende Feststellung nimmt an der Bekanntgabe der Genehmigung der Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan teil.
(§ 5 Absatz 1 Satz 3 WindBG i. V. m. § 2 Absatz 4 Satz 4 RegBkPIG)



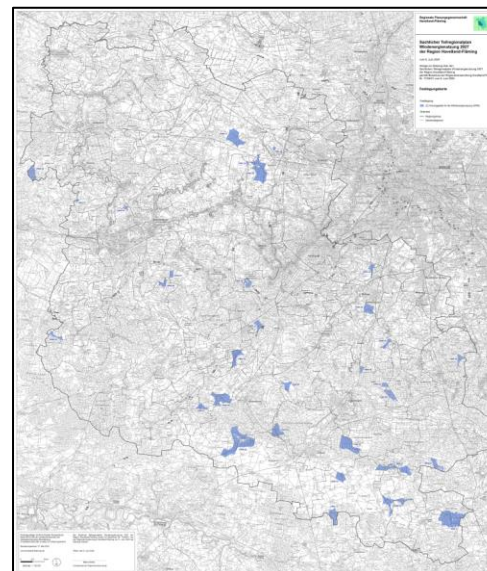
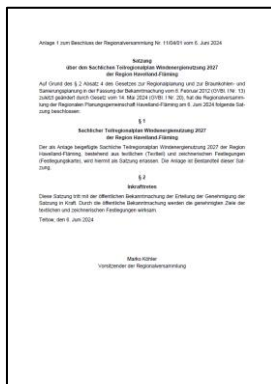
Satzungsbeschluss Nr. 11/04/01



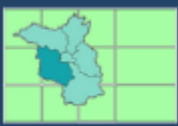
Beschluss

Anlage 3 (Abwägung)

Anlage 2 (Umweltbericht)



Anlage 1 (Satzung)



Ines Seiler
Kemlitzer Hauptstr. 13
15837 Baruth/Mark

29. Mai 2024

Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming
Vorsitzender Herr Klauber
Oderstraße 65
14513 Teltow
per Mail an: lutz.klauber@havelland-flaeming.de

Antrag zum Hinzuziehen fachkundiger Personen nach §13 der Hauptsatzung vom 17.03.2021 beziehend auf den Änderungsantrag zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ für die Sitzung der Regionalversammlung am 6. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Köhler,
sehr geehrter Herr Klauber,
sehr geehrte Damen und Herren,

um das „Energieprojekt Baruth“ adäquat vorzustellen und auf Rückfragen fundiert Auskunft geben zu können, beantrage ich zu den Beschlussvorlagen/Anträgen 1&2 zur Aufnahme des „Vorranggebiets Mückendorf“ in den Teilregionalplan, dass die Herren André Hennig (Fiberboard GmbH/Classen Gruppe), Stefan Wiggeshoff (Naturwind Potsdam GmbH) und Herrn Tom Beier (EMB Energie Brandenburg GmbH) Rederecht zur Kurzvorstellung (gemeinsam 10 Minuten) erhalten.

Bitte bestätigen Sie mir den fristgerechten Eingang der Unterlagen (Briefbogen, Scanunterschrift, PDF). Vielen Dank im Voraus und falls Sie noch Fragen haben, erreichen Sie mich jederzeit telefonisch unter 0151-178 00 503.

Mit freundlichen Grüßen

Ines Seiler

SPD Soziale
Politik für
Dich.

Mitglied des Kreistags Teltow-Fläming
Landtagskandidatin für Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen und Baruth

Mobil 0156 79 377 307
E-Mail inesseiler@outlook.de

Antrag nach § 13 der Hauptsatzung Antragstellerin Regionalrätin Ines Seiler

... beantrage ich zu den
Beschlussvorlagen/Anträgen 1&2 zur Aufnahme
des „Vorranggebiets Mückendorf“ in den
Teilregionalplan, dass die Herren

- André Hennig (Fiberboard GmbH/Classen Gruppe)
- Stefan Wiggeshoff (Naturwind Potsdam GmbH)
- Tom Beier (EMB Energie Brandenburg GmbH)

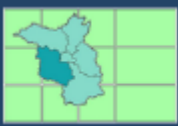
Rederecht zur Kurzvorstellung (gemeinsam 10 Minuten) erhalten.



§ 13

Hinzuziehung fachkundiger Personen

Die Regionalversammlung, der Regionalvorstand und die Ausschüsse können zu ihren Sitzungen fachkundige Personen beratend hinzuziehen.



Ines Seiler
Kemlitzer Hauptstr. 13
15837 Baruth/Mark

29. Mai 2024

Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming
Vorsitzender Herr Klauber
Oderstraße 65
14513 Teltow
Per Mail an: Lutz.Klauber@havelland-flaeming.de

Beschlussvorlagen nach § 1 Abs. 3 der GO eines Änderungsantrags zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ für die Sitzung der Regionalversammlung am 6. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Köhler,
sehr geehrter Herr Klauber,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage als Mitglied der Regionalversammlung:

Die Regionalversammlung möge am 6. Juni 2024 beschließen, dass die im als Anlage 1 beigefügten Lageplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellte Fläche in der Gemarkung Mückendorf als Vorranggebiet in den Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ der Region Havelland-Fläming aufgenommen wird. (Antrag zu 1.)

Für den Fall der Ablehnung des Antrags zu 1.) in der Sitzung am 6. Juni 2023 beantrage ich:

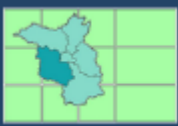
Die Regionalversammlung möge am 6. Juni 2024 beschließen, dass der am 6. Juni 2024 verabschiedete Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ der Region Havelland-Fläming in der Weise geändert wird, dass die im beigefügten Lageplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellte Fläche in der Gemarkung Mückendorf als Vorranggebiet ausgewiesen wird. (Antrag zu 2.)

Begründung:

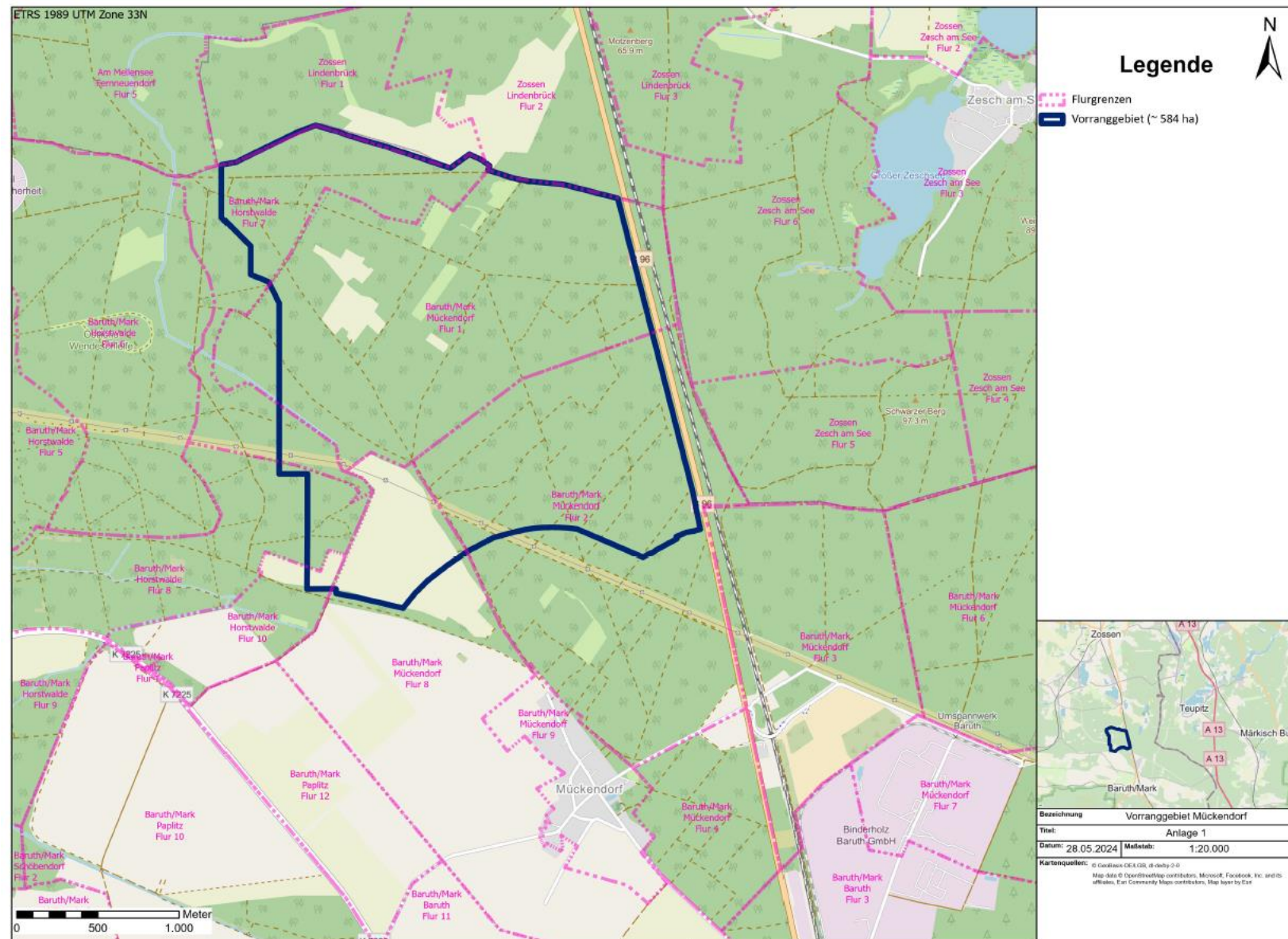
Der Gesetzgeber hat uns als Regionale Planungsgemeinschaft in Havelland-Fläming im Klimaschutzgesetz mit auf den Weg gegeben, dass bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasemissionen in Deutschland so weit gemindert werden müssen, dass

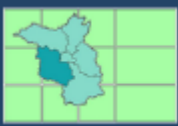
Änderungsantrags zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 Antragstellerin Regionalrätin Ines Seiler

Die Regionalversammlung möge am 6. Juni 2024 beschließen, dass die im als Anlage 1 beigefügten Lageplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellte Fläche in der Gemarkung Mückendorf als Vorranggebiet in den Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ der Region Havelland-Fläming aufgenommen wird. (Antrag zu 1.)



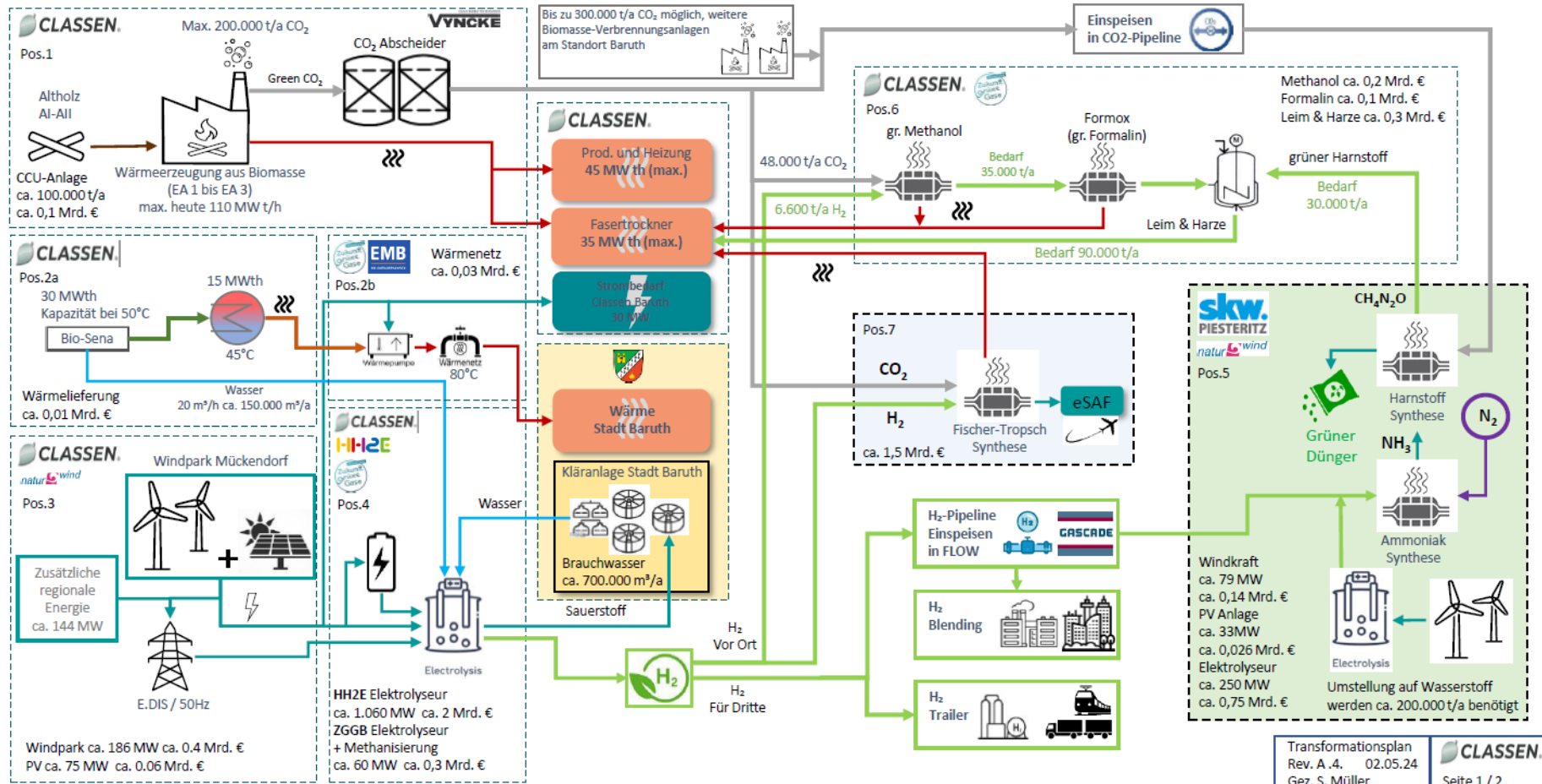
Anlage 1

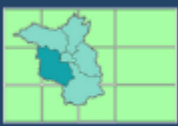




Anlage 2











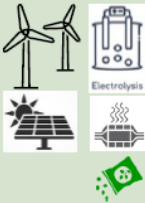

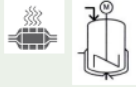



Transformationsplan





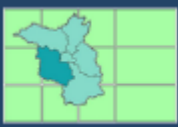
Anlage 2

Transformationsplan Energiewandel

Pos.	Transformation	Firma	Spezifische Daten	Invest
1.	Wärmeerzeuger Biomasse Classen CO2 Abscheider	 Classen & Vyncke 	CCU-Anlage ca. 100.000 t/a	0,1 Mrd. €
2a.	Abgasreinigung Biosena Wärmeauskopplung Brauchwasser	 Classen 	15 MWth 20 m³/h ca. 150.000 m³/a	0,01 Mrd. €
2b.	Wärmelieferung Wärmenetz	 	15 MWth 80°C	0,03 Mrd. €
3.	Windpark PV-Anlage Stromerzeugung Überschuss für Wasserstoffherstellung	 Classen & Naturwind 	Windpark ca. 186 MW PV ca. 75 MW	0,36 Mrd. €
4.	Wasserstoff Elektrolyseur Wasserstoff Sauerstoff	 Classen & HH2E & Zukunft grüne Gase Brandenburg 	HH2E Elektrolyseur 1.000 MW ZGGB Elektrolyseur 60 MW Methanisierung 60 MW	2,3 Mrd. €
5.	Stickstofffabrik SKW Windpark PV-Anlage Erdgas mit Wasserstoff ersetzen Grüner Harnstoff Grüner Dünger	 SKW & Naturwind & Zukunft grüne Gase Brandenburg 	Windkraft /PV Anlage 112MW Elektrolyseur 250MW	0,91 Mrd. €
6.	Grüne Leime & Harze Methanol Kosten Formalin Kosten Leim & Harze	 Classen 	Grüner Leim 90.000 t/a	0,6 Mrd. €
7.	eSAF BioMetanol	 Classen & Zukunft grüne Gase Brandenburg 	BioMetanol und eMethanol	1,5 Mrd. €
				5,81 Mrd. €

Beschlussantrag Nr. 110/04/01 (Satzungsbeschluss)

1. Die Regionalversammlung billigt die in der Abwägungsdokumentation mit Stand 21. Mai 2024 dargelegten Abwägungsvorschläge sowie den Umweltbericht zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergie-nutzung 2027 der Region Havelland-Fläming mit Stand 21. Mai 2024. (Anlage 2 und 3)
2. Die Regionalversammlung billigt die Begründung für den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming. (Bestandteil der Anlage 1, Textteil)
3. Die Regionalversammlung bestätigt, dass in dem Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming.
 - a. die Vorranggebiete nach § 4 Absatz 3 Satz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist, als Rotor-außerhalb-Flächen vollumfänglich anrechenbar sind,
 - b. in den Vorranggebieten keine Flächen enthalten sind, für die Bauleitpläne vorliegen, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten und
 - c. mit der Festlegung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung im Umfang von 12.596 ha bzw. 1,84 Prozent der Regionsfläche nach Bewertung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming das regionale Teilflächenziel für die Windenergienutzung für die Region Havelland-Fläming gemäß Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes (BbgFzG) vom 2. März 2023 in Höhe von mindestens 1,8 % der Regionsfläche bis spätestens 31. Dezember 2027 erreicht wird.
4. Die Regionalversammlung beschließt die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming in der als Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung. Bestandteil der Satzung ist der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, in der mit der Anlage 1 beigefügten Fassung.
5. Der Vorsitzende der Regionalversammlung wird beauftragt, die gemäß Beschlussantrag Nummer 4 beschlossene Satzung bei der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung einzureichen.



Ines Seiler
Kemnitzer Hauptstr. 13
15837 Baruth/Mark

29. Mai 2024

Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming
Vorsitzender Herr Klauber
Oderstraße 65
14513 Teltow
Per Mail an: Lutz.Klauber@havelland-flaeming.de

Beschlussvorlagen nach § 1 Abs. 3 der GO eines Änderungsantrags zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ für die Sitzung der Regionalversammlung am 6. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Köhler,
sehr geehrter Herr Klauber,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage als Mitglied der Regionalversammlung:

Die Regionalversammlung möge am 6. Juni 2024 beschließen, dass die im als Anlage 1 beigefügten Lageplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellte Fläche in der Gemarkung Mückendorf als Vorranggebiet in den Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ der Region Havelland-Fläming aufgenommen wird. (Antrag zu 1.)

Für den Fall der Ablehnung des Antrags zu 1.) in der Sitzung am 6. Juni 2023 beantrage ich:

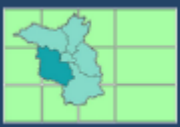
Die Regionalversammlung möge am 6. Juni 2024 beschließen, dass der am 6. Juni 2024 verabschiedete Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ der Region Havelland-Fläming in der Weise geändert wird, dass die im beigefügten Lageplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellte Fläche in der Gemarkung Mückendorf als Vorranggebiet ausgewiesen wird. (Antrag zu 2.)

Begründung:

Der Gesetzgeber hat uns als Regionale Planungsgemeinschaft in Havelland-Fläming im Klimaschutzgesetz mit auf den Weg gegeben, dass bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasemissionen in Deutschland so weit gemindert werden müssen, dass

Änderungsantrags zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 Antragstellerin Regionalrätin Ines Seiler

Die Regionalversammlung möge am 6. Juni 2024 beschließen, dass der am 6. Juni 2024 verabschiedete **Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ der Region Havelland-Fläming** in der Weise **geändert wird**, dass die im beigefügten Lageplan als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellte Fläche in der Gemarkung Mückendorf als Vorranggebiet ausgewiesen wird. (**Antrag zu 2.**)



Mögliches Änderungsantrags zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Verfahren:

- Die Durchführung eines Änderungsverfahrens **setzt einen rechtwirksamen Plan voraus.**
- Für das Änderungsverfahren gelten die **gleichen Verfahrensanforderungen wie für das Aufstellungsverfahren.**
- **weiterer Flächenbedarf** in Bezug auf das regionale Teilflächenziel zum 31.12.2032
- **besondere Bedeutung des Projekts** für die Region

Materielle Änderung:

Allgemeine Planungszeile	
Bestandsgebiet	
Teilraum mit vielen WEA	
Kommunale Planung	
Siedlungsferne	
Konfliktarmut	LSG





Mögliches Änderungsantrags zur Aufnahme des „Windparks Mückendorf“ in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Die Entscheidung, Landschaftsschutzgebiete für die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung allgemein **nicht in Betracht zu ziehen**, ist – jedenfalls soweit das regionale Teilflächenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann – zudem das Ergebnis einer sachgerechten Abwägung, da die Belange der Windenergienutzung auch mit dem Belang des Erhaltens und Entwickelns der Kulturlandschaften abzuwägen sind.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027, Rn. 129

Im Rahmen eines Änderungsverfahrens wäre eine **Gesamtbetrachtung in Bezug auf die zur Erreichung des Flächenziels in Betracht kommenden Flächen erforderlich**.



Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Baruth/Mark vom 09.11.2023

VV 23/093 Aufstellungsbeschluss für den **Bebauungsplan „Windpark Mückendorf“** einschließlich der Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

§ 26 Absatz 3 BNatSchG:

„In einem Landschaftsschutzgebiet sind die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) befindet. Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 entgegenstehende Bestimmungen enthält. Für die Durchführung eines im Übrigen zulässigen Vorhabens bedarf es insoweit keiner Ausnahme oder Befreiung. Bis gemäß § 5 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt wurde, dass das jeweilige Land den Flächenbeitragswert nach Anlage 1 Spalte 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes oder der jeweilige regionale oder kommunale Planungsträger ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel erreicht hat, gelten die Sätze 1 bis 3 auch außerhalb von für die Windenergienutzung ausgewiesenen Gebieten im gesamten Landschaftsschutzgebiet entsprechend.“



Tagesordnungspunkt 4.2
Regionalplan Havelland-Fläming 3.0
Vorranggebiete für die Landwirtschaft
Änderung des Planungskonzepts



Beschlussantrag Nr.: 11/04/02

1. Die Regionalversammlung befürwortet die Änderung des Planungskonzepts zur Festlegung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft auf der Grundlage einer teilräumlichen Differenzierung der für die Vorrangwürdigkeit maßgeblichen Ackerzahl.
2. Die Regionalversammlung beauftragt die Regionale Planungsstelle, das methodische Konzept vom 21. Mai 2024 mit der Landesplanungsbehörde abzustimmen und gegebenenfalls anzupassen.



Tagesordnungspunkt 6

Fortsetzung des Regionalen Energiemanagements (Regionaler Energiemanager)



Beschlussantrag Nr.: 11/06/01

1. Die Regionalversammlung beschließt die geförderte Maßnahme „Umsetzung des Regionalen Energiekonzepts“ (Regionaler Energiemanager) bis zum 30.09.2027 fortzuführen und die dafür erforderlichen Eigenmittel von den Mitgliedern der Regionalen Planungsgemeinschaft als Umlage zu erheben.
2. Die Regionale Planungsstelle wird beauftragt, die erforderliche Zustimmung der Landesplanungsbehörde gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) zu beantragen.